

August Bebel: Ein Sozialdemokrat gegen Eroberungskrieg und „Verpreußung“

James Retallack, *Universität Toronto*

© 2019 James Retallack

Am 26. November 1870 ergriff August Bebel im Reichstag des Norddeutschen Bundes das Wort, um sich gegen den Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 und die Annexion der französischen Provinzen Elsass und Lothringen auszusprechen.¹ Bebel saß seit Februar 1867 als Vertreter der radikaldemokratischen Sächsischen Volkspartei für den 17. sächsischen Wahlkreis Glauchau-Meerane im Reichstag. In seiner Rede begründete er die Weigerung seiner Partei, die für eine Fortführung des Feldzugs gegen Frankreich erforderlichen Finanzmittel zu bewilligen, und hob die Gefahr eines französischen Revanchismus hervor, sollte der in der Bevölkerung laut werdenden Forderung nach einer Annexion nachgegeben werden. Dabei wandte er sich nicht nur gegen die Angehörigen der Oberschicht und des Bürgertums, sondern auch gegen all jene, die er als pseudopatriotische (und geizige) Kriegsbefürworter bezeichnete.

Also, meine Herren, man hat ja die verschiedensten Gründe für die Annexion geltend gemacht. Man sagt, Elsaß und Lothringen müsse aus *strategischen* Gründen deutsch werden, es müsse aus *nationalen* Gesichtspunkten deutsch werden, weil es seinerzeit zu Deutschland gehört habe, es müsse aus *politischen* Gründen deutsch werden, es müsse womöglich noch aus *volkswirtschaftlichen* Gründen deutsch werden.

Keiner dieser Gründe, so Bebel, rechtfertige es, Elsass und Lothringen als Kriegsbeute zu nehmen. Der Präsident des Reichstags unterbrach die Rede mehrfach, um den Sprecher, der sich an der Grenze der parlamentarischen Schicklichkeit bewegte, zum Schweigen zu bringen. Bebel aber fuhr unbeirrt in seinem Plädoyer für einen Frieden ohne Eroberung fort. „Das *Nationalitätsprinzip* ist meiner Ansicht nach ein durchaus *reaktionäres* Prinzip. [...] Es würden die Völker sich gegenseitig zerfleischen bis an das Ende aller Dinge.“ Bebel ist von diesem Prinzipienstandpunkt nie abgewichen. In seiner Reichstagsrede vom 25. Mai 1871, in der er auch gegen die neue Reichsverfassung polemisierte und die tapferen Mitglieder der Pariser Kommune lobte, bezeichnet er die

¹ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags des Norddeutschen Bundes (im Folgenden SBRNB), I. Legislatur-Periode, II. Außerordentliche Session 1870, Bd. XV, Berlin 1870, S. 9-13, 16 (26. Nov. 1870).

Annexionen als „Verbrechen gegen das Völkerrecht“ und als „Schandfleck in der deutschen Geschichte“.²

Sowohl die Vorgeschichte als auch die Folgen dieser beiden Reden erhellen die ungeheure Bedeutung des historischen Dreiklangs von Krieg, Sieg und Nation in der Entstehungsgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Nirgends wird dies deutlicher als im Zeitraum zwischen 1866 und 1872.

Wenn es auch richtig ist, dass Ferdinand Lassalles „Offenes Antwortschreiben“ vom 1. März 1863 an die Vertreter der Arbeiterschaft in Leipzig die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) nach sich zog,³ so verfolgten Bebel und sein enger Mitstreiter Wilhelm Liebknecht doch eine ganz eigene politische Linie. Im August 1866, just als der Deutsche Krieg seinem Ende zuing, gründeten Bebel und Liebknecht zusammen mit anderen Demokraten die Sächsische Volkspartei (1866–1869). Eines der Parteiziele war es, einer Hegemonialstellung Preußens im entstehenden Deutschland entgegenzuwirken, verkörperte Preußen doch ein politisches System, in dem es für die Arbeiter mit größter Wahrscheinlichkeit unmöglich sein würde, ihre angestrebten Rechte und Freiheiten zu erlangen. In seiner ersten Rede im Reichstag am 10. April 1867 erklärte Bebel, dass Preußen nicht daran interessiert sei, die Führung auf dem Weg zu einem vereinigten Deutschland zu übernehmen. Vielmehr verfolge es „ein spezifisch *Preußisches* Interesse [...], die Stärkung der Hohenzollernschen Hausmacht“.⁴ Drei Jahre später, auf einem Kongress in Eisenach, war Bebel einer der Mitbegründer der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP, 1869–1875).⁵ Im Gegensatz zum ADAV war die neue Partei demokratisch aufgebaut. Die Parteiziele der „Eisenacher“ waren in der Broschüre *Unsere Ziele* (1870) zusammengefasst; Bebel verfasste sie im sächsischen Gefängnis, wo er wegen Verbreitung staatsgefährdender Schriften einsaß. Zu dieser Zeit reisten Bebel und Liebknecht fast ununterbrochen, um ihre Botschaft der wachsenden Zahl Parteigetreuer näherzubringen. Das gesprochene Wort ergänzten sie durch eine expansive Pressearbeit und weitreichende Bemühungen, der Bewegung eine solide Organisationsbasis in Form örtlicher Arbeitervereine zu verschaffen. Besonders Liebknecht prangerte den Norddeutschen Reichstag unnachgiebig an und bezeichnete ihn als das „Feigenblatt des Absolutismus“.⁶

Einige Tage nachdem der Krieg gegen Frankreich Preußen und die süddeutschen Staaten in gemeinsamer Sache vereint hatte, gingen Bebel und Liebknecht das größte Wagnis in der frühen

² August Bebel: *Ausgewählte Reden und Schriften* (im Folgenden BARS), Bd. 1, Berlin 1970, S. 150.

³ Ferdinand Lassalle: *Gesammelte Reden und Schriften*, hrsg. von Eduard Bernstein, Bd. 3, Berlin 1919, S. 39–92.

⁴ SBRNB 1867, Bd. 1, Berlin 1867, S. 678 (10. Apr. 1867).

⁵ Eisenacher Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (8. August 1869), in: *Deutsche Geschichte in Dokumenten und Bildern*, Bd. 4, Reichsgründung: Bismarcks Deutschland (1866–1890), hrsg. von James Retallack, Sektion 7, Politik II: http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/sub_document.cfm?document_id=688&language=german.

⁶ SBRNB, I. Leg.-Per., Session 1867, Bd. 1, Berlin 1867, S. 452 (17. Okt. 1867).

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ein. Sie weigerten sich, für die 120 Millionen Reichstaler umfassende Krieganleihe zu stimmen, die Bismarck vom Reichstag gefordert hatte. Der Krieg gegen Frankreich, so ihr Vorwurf, sei ein dynastisch geführter Eroberungskrieg. Sie stützten ihre Position, indem sie in einer Stellungnahme vom 21. Juli 1870 wie folgt argumentierten: „Die [...] abverlangten Geldmittel können wir *nicht bewilligen*, weil dies ein Vertrauensvotum für die preußische Regierung wäre, die durch ihr Vorgehen im Jahre 1866 den gegenwärtigen Krieg vorbereitet hat. Ebenso wenig können wir die geforderten Geldmittel *verweigern*, denn es könnte dies als Billigung der frevelhaften und verbrecherischen Politik Bonapartes [Kaiser Napoleon III.] aufgefaßt werden.“⁷ Der ADAV und das Zentralkomitee der SDAP in Braunschweig kritisierten Bebel und Liebknecht für diese Haltung: Sie erlagen Bismarcks Suggestion, dass es einen deutschen Verteidigungskrieg gegen den Erbfeind zu führen gelte. Aus Norddeutschland reisten Anhänger Lassalles nach Sachsen, um sich gegen Bebels und Liebknechts Antikriegskurs zu positionieren und Stimmung gegen sie zu machen. Unter anderem warfen sie Steine durch die Fenster von Liebknechts Haus, was Liebknechts Ehefrau Natalie und ihren kleinen Sohn, die sich im Haus aufhielten, sehr erschreckte.⁸ Doch als Bismarck den Krieg gegen Frankreich nach dem entscheidenden Sieg über die französischen Truppen bei der Schlacht von Sedan (1./2. September 1870) fortsetzte und die Mitglieder des Braunschweiger Zentralkomitees in Ketten auf die Festung Boyen in Lötzen (Ostpreußen) gebracht worden war, urteilten Bebel, Marx und andere Sozialdemokraten wieder übereinstimmend: Ein Eroberungskrieg und Preußens Aufstieg konnten keinesfalls im Interesse der Arbeiter sein.⁹ Ab dem 21. September enthielt jede Ausgabe der Parteizeitung *Der Volksstaat* die Forderung: „*Ein billiger Friede mit der französischen Republik! Keine Annexionen, Bestrafung Bonaparte's und seiner Mitschuldigen!*“¹⁰

Bebel und Liebknecht griffen auch die verfassungsrechtlichen Verträge an, die in den letzten Monaten des Jahres 1870 ausgearbeitet worden waren und zur Proklamierung des Deutschen Reiches und Krönung des preußischen Königs Wilhelm I. zum Deutschen Kaiser (am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles) führten. Am 6. Dezember 1870 lehnte Bebel den von Bismarck vorgelegten Verfassungsentwurf ab. Dabei bediente er sich bewusst einer provokanten Ausdrucksweise, verurteilte scharf den geringen Einfluss des Reichstags und stellte fest, dass die Einigungskriege die erbrachten Opfer keinesfalls wert gewesen seien:

Erst wenn das Volk einsieht, daß es von seinen Regierungen, von seinen Fürsten nichts zu hoffen hat, daß jeder Krieg, der geführt wird, immer nur gegen sein Interesse geführt wird, erst wenn es eingesehen [sic], daß die 3 Kriege, die seit 10 Jahren in Deutschland

⁷ Motiviertes Votum der Reichstagsabgeordneten Liebknecht und Bebel in Sachen der 120-Millionen-Krieganleihe (21. Juli 1870), in: *Der Volksstaat* (Leipzig), Nr. 59, 23. Juli 1870, S. 4.

⁸ August Bebel: *Alte Erinnerungen*, in: *Vorwärts* (Berlin), Nr. 114, 1. Beilage, 19. Mai 1910, S. 1.

⁹ Zum Braunschweiger Manifest (5. Sept. 1870) vgl. Wilhelm Bracke jr.: *Der Braunschweiger Ausschuß der sozialdemokratischen Arbeiter-Partei in Lötzen und vor dem Gericht*, Braunschweig 1872, S. 7-9.

¹⁰ Wilhelm Liebknecht: *Einleitung*, in: *Der Hochverrats-Prozeß wider Liebknecht, Bebel, Hepner vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872*, mit einer Einleitung von W. Liebknecht und einem Anhang, 2. Auflage, Berlin 1911, S. 7.

geführt worden sind, nur uns jedesmal in freiheitlicher Beziehung zurückgebracht haben, dann wird es besser werden; das Volk wird zur Selbsterkenntnis kommen, das Volk wird anfangen, denken zu lernen – und, meine Herren, das Resultat wird sein, daß das Volk begreift und einsieht, daß es von seinen Fürsten, von seinen Regierungen nichts zu erwarten hat, daß es nur gestützt auf seine eigene Macht, auf sein eigenes Selbstbestimmungsrecht, eine neue Verfassung sich schaffen muß [...].¹¹

In einer Reichstagsrede drei Tage später erklärte Liebknecht, dass der passendste Ort für die Krönung des modernen Kaisers der Gendarmenmarkt in Berlin sei, „denn dieses Kaiserthum kann in der That nur durch den Gensdarmen [sic] aufrecht erhalten werden.“¹² Diese mutigen Reden wurden von Arbeitervetretern in und außerhalb Deutschlands gefeiert. Auch Friedrich Engels war positiv beeindruckt: „die Opposition, die unsere Freunde Bebel und Liebknecht dort [im Reichstag] gegen den Eroberungskrieg organisieren konnten, hat im Interesse unserer internationalen Propaganda mächtiger gewirkt, als jahrelange Propaganda durch die Presse und Versammlungen es vermocht haben“.¹³

Unterdessen waren Bismarck und andere hochrangige deutsche Politiker mit ihrer Geduld am Ende. Mit der einseitigen Erklärung, dass der Schutz der parlamentarischen Immunität als Mitglied des Reichstags für Bebel nur bis zum Abschluss der jeweiligen Sitzung gelte, wurde ihrer „Galgenfrist“ (Liebknecht) ein jähes Ende bereitet.¹⁴ In seinen Memoiren schildert Bebel, was weiter geschah: „Am 17. Dezember [1870] morgens arbeitete ich in meiner Werkstatt, als plötzlich meine Frau totenbleich hereinstürzte und mir mitteilte, daß oben in unserer Wohnung ein Polizeibeamter sei“, der von „einem Soldaten in kriegsmäßiger Ausrüstung“ begleitet wurde. Als Bebel erst einmal im Bezirksgerichtsgefängnis saß, sah er einer noch unsichereren Zukunft entgegen und befand sich in einer noch unglücklicheren Lage. Es war damit zu rechnen, dass seine Untersuchungshaft – sowie die seiner Mitangeklagten Liebknecht und Adolf Hepner, dem zweiten Redakteur des Volksstaat neben Liebknecht – bis zum Sommer 1871 andauern würde, weil die Behörden für eine Verurteilung wegen Landesverrats Beweismaterial aus Braunschweig sicherstellen mussten. „Der Winter 1870/71 war wohl der strengste, den wir in vielen Jahrzehnten hatten“, berichtete Bebel. „Ich fror hundemäßig.“ Und seine Zelle „wimmelte von Ungeziefer“.¹⁵

Am 21. März 1871 wurde die erste Parlamentssitzung des frisch geeinten Deutschen Reichs abgehalten. Da ein Antrag auf Freilassung Bebels als Reichstagsabgeordneter eingereicht worden war, entließ die Regierung zur Vermeidung eines Eklats Bebel am 28. März, einen Tag bevor der Antrag diskutiert werden sollte, aus dem Gefängnis. Bebel eilte nach Berlin und sprach am 3. April während einer Debatte über die Reichsverfassung für seine Partei. Er wiederholte im Wesentlichen

¹¹ SBRNB, 1. Leg.-Per., II. Außero. Session 1870, Bd. XV, Berlin 1870, S. 91.

¹² Ebd., S. 152-154 (9. Dez. 1870).

¹³ Briefe Engels an den Spanischen Föderalrat der Internationalen Arbeiterassoziation, 13. Februar 1871, in: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Bd. 17, Berlin 1962, S. 288.

¹⁴ Liebknecht: Einleitung, Hochverrats-Prozeß, S. 13.

¹⁵ Bebel: Aus meinem Leben (= BARS, Bd. 6), Berlin 1983, S. 328, 330.

seine Kritikpunkte vom 6. Dezember 1870, die auf die starke Machtkonzentration im Reich und das Fehlen von in der Verfassung verankerten Freiheitsrechten zielten. Am 14. April war Bebel einer von nur vierzehn Reichstagsabgeordneten, die gegen die Verfassung stimmten.

In den vorausgegangenen Monaten hatte sich die politische Situation dramatisch verändert. Ein vorläufiger Frieden mit Frankreich war unterzeichnet, Reichstagswahlen waren am 3. April 1871 abgehalten worden – wobei Bebel als einziger Sozialdemokrat ins Nationalparlament gewählt wurde –, und die Pariser Kommune hatte in der französischen Hauptstadt die Kontrolle übernommen. Am 25. Mai sprach Bebel erneut vor dem Reichstag. Der konterrevolutionäre Terror gegen die Kommunisten war mittlerweile in vollem Gang, von der französischen Regierung entfesselt, die sowohl eigene Truppen wie die von Bismarck zur Rückeroberung der Hauptstadt zurückgesandten Kriegsgefangenen einsetzte. Soeben war ein Telegramm aus Paris eingetroffen, in dem es hieß, dass antikommunistische Truppen ins Stadtzentrum vorgestoßen seien. Diese Nachricht hat Bebel dazu bewogen, eine leidenschaftliche Rede gegen das zu halten, was er als verhasste Kombination von Krieg, Sieg und Nation ansah. Das verächtliche Gelächter, das seine Schilderung der Lage empfing, nimmt nicht weg, dass dieselbe Rede noch Jahre später von Feinden der deutschen Arbeiterbewegung als Beweis dafür zitiert wurde, dass die Sozialdemokraten fest entschlossen waren, die bestehende Ordnung mit Gewalt zu stürzen. Zu dieser schicksalhaften Fehleinschätzung hat Bebels Wortwahl sicherlich beigetragen:

Meine Herren, mögen die Bestrebungen der Kommune in Ihren Augen auch noch so verwerfliche oder [...] verrückte sein, seien Sie fest überzeugt, das ganze europäische Proletariat und alles, was noch ein Gefühl für Freiheit und Unabhängigkeit in der Brust trägt, sieht auf Paris. (Große Heiterkeit.) Meine Herren, und wenn auch im Augenblick Paris unterdrückt ist, dann erinnere ich Sie daran, daß der Kampf in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht ist, daß die Hauptsache in Europa uns noch bevorsteht und daß ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtenruf des Pariser Proletariats „Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggange!“ der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats werden wird. (Heiterkeit.)¹⁶

Sieben Jahre später, während einer im Jahr 1878 stattfindenden Debatte über das Sozialistengesetz, behauptete Bismarck, Bebels Rede vom 25. Mai 1871 habe ihm die Augen geöffnet: „jener Anruf der Kommune war ein Lichtstrahl [...], und von diesem Augenblick an habe ich in den sozialdemokratischen Elementen einen Feind erkannt, gegen den der Staat, die Gesellschaft sich im Stande der Nothwehr befindet“.¹⁷

In den vorausgegangenen Jahren hatte Bebel mehrfach erneut einige Zeit im Gefängnis verbracht, teils wegen seiner Haltung gegen den Krieg im Jahr 1870, teils wegen anderer angeblich

¹⁶ Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags (SBDR), 1. Leg.-Per., I. Session 1871, Bd. 2, Berlin 1871, S. 921 (25. Mai 1871).

¹⁷ SBDR, 4. Leg.-Per., I. Session 1878, Bd. 1, Berlin 1878, S. 70 (17. Sept 1878).

begangener Vergehen gegen die Nation (oder gegen Bismarck persönlich). Der Fall Bebels, Liebknechts und Hepners wurde vom 11. bis 26. März 1872 vor den Schranken des Leipziger Bezirksschwurgerichts verhandelt. Die offizielle Anklage gegen das Trio lautete „Vorbereitung zum Hochverrat“.¹⁸ Das ihnen zur Last gelegte Verbrechen bestand darin, den Widerstand gegen Deutschlands Annexion von Elsass und Lothringen mit dem Kampf der Kommunisten in Paris verquickt zu haben. Der zweiwöchige Prozess war für damalige Verhältnisse recht lang, und die Staatsanwaltschaft war genötigt, ihre Anklage hauptsächlich auf angeblich verräterische Passagen in den Schriften der beiden Hauptangeklagten zu stützen. Letzterer Umstand spielte Bebel und Liebknecht in die Hände, denn er sorgte dafür, dass Schriften mit sozialdemokratischem Gedankengut in großer Zahl Eingang in die Gerichtsakten und damit ohne jede Beschränkung in die Öffentlichkeit fanden. Am 26. März 1872 wurden Bebel und Liebknecht zu jeweils zwei Jahren Festungshaft in Schloss Hubertusburg in Sachsen verurteilt. Das Urteil entfernte die beiden profiliertesten Sprecher der SDAP aus der aktiven Politik des neuen Reichs – ein Ergebnis, für das der Präsident des Schwurgerichts Alexander Eduard von Mücke mit dem Königlichen Preußischen Kronenorden 3. Klasse geehrt wurde.¹⁹

Am 8. Juli 1872 trat Bebel seine Festungshaft in Hubertusburg an, wo Liebknecht bereits einsaß. Da Bebel aber unterdessen wegen Majestätsbeleidigung bei Versammlungsreden zu weiteren neun Monaten Gefängnis verurteilt und ihm sein Reichstagsmandat aberkannt worden war, folgten auf seine Haftzeit in der Hubertusburg in kurzem Abstand weitere Monate hinter Gittern auf der Festung Königstein und im Landesgefängnis Zwickau. Endgültig entlassen wurde er am 1. April 1875 – Bismarcks sechzigstem Geburtstag. Vom ersten halben Jahrzehnt des Kaiserreichs verbrachte Bebel etwa drei Jahre in Haft.

Bebel hatte seit 1866 alles darangesetzt, sichtbar zu machen, dass der historische Prozess, der zur Deutschen Einigung führte, durch Gewaltausübung geprägt war. Gewalt gegen die Feinde Preußens, gegen „echten“ Föderalismus, gegen die Rechte und die Freiheiten des deutschen Volks, und gegen die aufkeimende Arbeiterbewegung in und außerhalb von Deutschland. Aus seiner Sicht war Deutschlands blutige Geburt eine Tragödie – und im Übrigen, ob auf den Schlachtfeldern von Königgrätz und Sedan oder im Plenarsaal des Reichstags, das Gegenteil eines Befreiungskriegs. Genau wie von Bebel vorhergesagt, hatte die Bejahung von Krieg und Gewalt als Mittel zum Zweck weitreichende Auswirkungen nicht nur auf die politischen und militärischen Verwicklungen des Kaiserreichs, sondern auch auf seine politische Kultur. Die Jahre zwischen 1866 und 1872 hinterließen ein verhängnisvolles Erbe.

¹⁸ Die Verhandlungen des Schwurgerichts zu Leipzig (11.-26. März 1872) sind vollständig dokumentiert in Hochverrats-Prozeß, S. 61-638; über Mücke vgl. auch Bebel: Aus meinem Leben, S. 359f.

¹⁹ Königlich Sächsisches Justizministerial-Blatt, 6. Jg., Nr. 6 (26. Juni 1872), S. 71.